

# Kommunalhaushalte wieder ins Lot bringen

Auf den ersten Blick sind die aktuellen Daten erfreulich: Die Kommunen rechnen in 2012 mit einem Überschuss von 2,3 Milliarden Euro. Was aber bedeutet diese Aussage? Wer ohnehin glaubt, den Städten gehe es nicht wirklich schlecht, fühlt sich durch die Zahl bestätigt. Wer dagegen als Oberbürgermeister einer finanzschwachen Stadt nicht weiß, wie er den nächsten Haushalt ausgleichen soll, dem hilft die Zahl nicht.

Ein Überschuss im kommunalen Gesamthaushalt besagt leider nicht, dass in den Städten alles im Lot ist. Die Schlagworte sind bekannt: beunruhigender Investitionsstau, steigende Sozialausgaben, zunehmende Kassenkredite. Zudem sind Unterschiede deutlich. Die eine Region ist wirtschaftlich stark, die andere nachhaltig strukturschwach. Doch es gibt Grund zur Hoffnung: Schon sieben Länder haben die Gefahr erkannt, die von einer derartigen Schieflage für den Zusammenhalt der Gesellschaft ausgeht. Sie legen Konsolidierungsfonds zur Rettung der besonders gefährdeten Kommunen auf. Ein wichtiger Schritt!

Die Ausgestaltung der Fonds ist vielfältig. Teilweise kommen die Mittel vom Land, teilweise aus dem kommunalen Finanzausgleich. Mal ist die Teilnahme freiwillig, mal zwingend. Natürlich sind viele Aspekte umstritten. Die Einschätzungen gehen auseinander, auch im Kreis der betroffenen Städte. Aber im Kern sind die Fonds ein richtiger Schritt auf dem langen und schwierigen Weg zur Konsolidierung der Kommunalhaushalte. Sie unterstützen die notwendigen Konsolidierungsbestrebungen der Kommunen. Und sie zeigen, dass die Länder für ihre Städte eintreten.

Die zentrale Herausforderung aber bleibt bestehen: Die Fonds beheben die Ursachen des kommunalen Finanzproblems nicht. Entschuldungsprogramme sind sinnlos, wenn die finanzielle Überforderung der Städte nicht beseitigt wird. Die Fehler der Vergangenheit dürfen sich nicht wiederholen, neue Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich darf es nicht mehr geben. Das merkwürdige Verständnis von Konnexität, das manche



*Helmut Dedy,  
Ständiger Stellvertreter des  
Hauptgeschäftsführers  
des Deutschen Städtetages*

Landesregierung etwa in Fragen der Inklusion an den Tag legt, schürt nur unnötigen Streit.

Die städtischen Haushalte haben sich über Jahrzehnte grundlegend verändert. Aus Investitionshaushalten wurden Sozialhaushalte. Die notwendigen Folgerungen aber unterblieben. Wenn die Kommunen immer mehr für Sozialleistungen ausgeben müssen, muss sich das auch bei den Einnahmen niederschlagen. Das geht nur, indem der Bund den Kommunen Anteile der Sozialausgaben erstattet. Erste Schritte sind getan, die Übernahme der Grundsicherung im Alter in den Bundeshaushalt wird sich bemerkbar machen. Weitere Schritte müssen folgen, ein Bundesleistungsgesetz für die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen ist überfällig.

Auch wenn die Finanzausstattung der Kommunen im Kern Sache der Länder ist: Der Bund muss die Kommunen weiter entlasten – und wenn er nicht will, müssen ihn die Länder dazu bringen. Oder, um es mit den Worten des Verfassungsgerichtshofes Rheinland-Pfalz zu sagen, die Länder müssen die finanziellen Belange ihrer Kommunen auf Bundesebene als eigene wahren und durchsetzen und tragen daher eine Mitverantwortung für die finanzielle Schieflage der Kommunen. Das Ziel lohnt die Anstrengungen allemal: Es geht um die Zukunft der Städte.